

ca. 1978

Arbeitskreis
Stadtentwicklung
Bonn

Bürgerinitiative
für die Verbesserung
der Umweltqualität

MANIFESTE

GEGEN

DIE FARGE

DER

BUNDESHAUS

PLANUNG



Kurze Chronologie der Ereignisse:

Zehn Jahr Bauplanung für das Regierungsviertel
im stillen Kämmerchen der Bundesbaudirektion
- weil Bonn nicht Hauptstadt sein durfte.

1968: Bürgeraktion der Bürgerinitiative City-Forum
(später Stadtentwicklungsforum, heute Arbeitskreis
Stadtentwicklung) und des Bundes Deutscher Architekten
gegen eine gigantomane Planung eines Regierungsviertels
in Godesberg-Nord.

Erfolg: Das Bundeskabinett beschließt,
sämtliche Pläne zu den Akten zu legen.

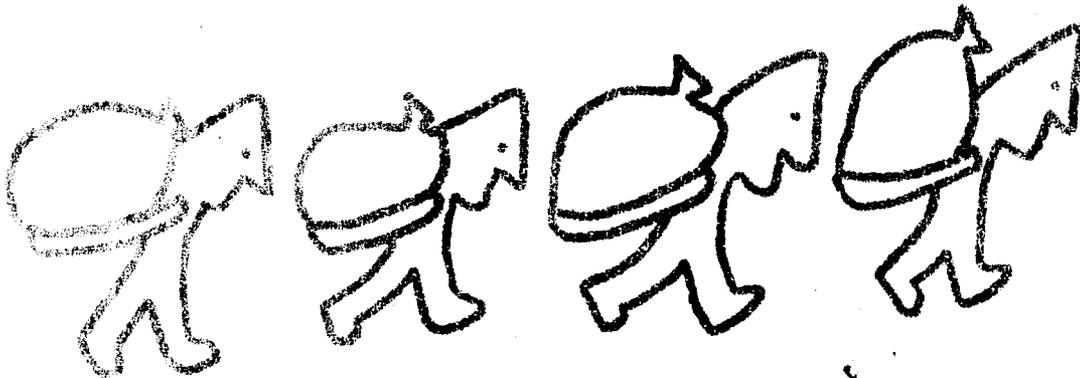
Bund und Stadt richten einen Arbeitskreis Bundesbauten
Bonn ein.

1970: Expertenkolloquium zum Ausbau Bonns zur Bundeshaupt-
stadt.

1971: Der zweimal vom Stadtparlament gefasste Beschluß,
quer durch Bonn und Bad Godesberg eine ebenerdige Stadtauto-
bahn zu schlagen (mit Bundesbahn 16 Spuren), muß auf
den Druck der Bürgerinitiativen Tieflage Bundesbahn und
Fernstraßenumgehung o. V., Stadtentwicklungsforum und
Arbeitsgemeinschaft Bonner Ärzte für Umweltschutz
zurückgenommen werden.

1971: Der größte bundesdeutsche Städtebauwettbewerb
wird ausgeschrieben: Bundesbauten Bonn.

1972: Der Bauwettbewerb Bundestag und Bundesrat wird ausge-
schrieben.



Und dann trugen sie das Licht
in Säcken in das Haus.

Der Souveränen Volk fragt:

Wo ist denn das Volk nun an den Planungen

dieses seines Hauses,

des Parlamentes,

selbst beteiligt?

Die Parlamentarier sagen:

Durch uns - die Repräsentanten.

Aber selbst wenn sie nicht denken, wenn sie nicht
was passiert, wenn die Repräsentanten

nicht mehr an das Volk denken, sondern nur noch an sich?

(Dann gibts einen Bundestag, wie es jetzt
entstehen soll?)

Die Meinung des Volkes hält man sich durch die Handfläche
vom Hals:

die Bürger dürfen sich an zentralen Ort der Republik

nicht darstellen. Das Parlament hält sich das Volk vom Hals

das ist ein Symbol für embryonal-demokratische Zustände!

(Das Monopol der Lobby bleibt dadurch unangestastet!)

Nicht einmal eine Ausstellung kann im Parlamentgebäude
stattfinden.

Nie legten diese Resolution dem Preisgericht vor

Resolution zum Wettbewerb BUNDESTAG und BUNDESRAT

Bonner Bürgerinitiativen :

"WIR HABEN VOR DREI JAHREN
DEN BAUSTOP NICHT DURCHGE-
SETZT, DAMIT NUN DERSELBE
MIT DREI JAHREN VER-
ZÜGERUNG GEBAUT WIRD !"

Planung dieser Größenordnung
ohne politische Ziele - Ist keine Planung.

Das Parlament ist ein Bauherr,
der nicht einmal merkt,
daß es hier um die Planung seines Hauses geht.

Das Parlament hat sich nicht artikuliert.
(Wie soll's auch bei Leuten wie Steiner.)

Der Bundestag ist nicht Privatbesitz von Abgeordneten,
sondern unser Bundestag.

Eine Baumasse wie der Bundestag muß eben mehr sein
als ein Haus in einem Riesen-Park.

Schlimm:

Der städtebauliche Wettbewerb ist nicht ausgewertet.

Noch schlimmer:

Konkrete bindende Ziele der Stadtplanung sind noch
nicht formuliert.

Am schlimmsten:

Es sind keine politischen Ziele vorhanden. Das Parlament
als Bauherr hat sich nicht artikuliert.

Fazit:

Dieser Bauwettbewerb kam zu früh.

Zunächst gehört subjektiver, politischer Wille herausger-
fordert. Erst in seinem Gefolge interessiert der Einsatz
der Verwaltung, die Leistung der Planer und das Urteil
der Preisrichter. Vorher nicht !

Wessen Wille ? Der des Bauherrn, also der Abgeordneten,
und der der Öffentlichkeit. Was wollen die Abgeordneten
eigentlich ? Wissen wir nicht ! Dach über dem Kopf -
gewiß; kurze Wege - sicher; große Zimmer - ganz bestimmt.
Also: funktionieren soll das Ding, das ist klar, primär,
wichtig - darum haben sich 36 leistungsfähige Büros die
Finger abgebrochen; dies haben teure Preisrichter zu
beurteilen.

Uns interessiert nicht, ob der Abgeordnete 10 - 20 Meter mehr oder weniger laufen muß. Wir setzen voraus, daß ein Planarstil ohne sonderliche Kaffie eben "akustisch" in Ordnung ist.

Mehr als die inneren Funktionen interessieren uns die äußeren. Mehr als die interne Raumzuordnung interessiert uns der öffentliche Raum, d.h. die Nutzbarkeit und Erlebbarkeit der öffentlichen städtischen Räume.

Plätze, Plätze, Plätze. JUNE 1980 EIN TEIL

Wir wollen keine Planerfüßbustuagso dponuoox wie "Vertflechtungsberaich", Aktivitätszonen", "Fußgängerebenen" (was ist das alles konkret?).

Ein menschlicher Platz ist: kein Parkplatz, Aufmarschplätze, Staatsplatz, Vorfahrtsplatz,

Wir wollen konkrete Plätze, wo man Spaß hat, eine Stunde sitzenzubleiben.

Wo man Spaß hat hinzugehen, zu sitzen.

(unter den zwei Godesberger Kreuzen macht das keinen Spaß, da wirbelt's die Hosen hoch).

Wir wünschen uns eine interessante Platzfolge.

Die Charaktere der Plätze sollen sich unterscheiden.

Auch das Rheinufer muß in die Platzfolge einbezogen sein.

Die städtischen Räume - das sind die vertrauten simplen Plätze, Straßen, Boulevards, Uferpromenaden, Gassen, Ecken - ob groß oder klein.

Ein Raum oder ein Platz ist nicht einfach, sondern muß gestaltet werden.

Die konfuse "Durchdringung" von Freiraum und bebautem Raum ist noch lange kein Platz.

Ob ein Raum ein Platz ist, darüber entscheidet nicht die Deklaration des Planers, sondern die Geschlossenheit der baulichen Anlage.

Wir leben in der Horizontalen.

Wir mögen nicht die Ausschließlichkeit der vertikalen Spargel (wie man sie im Bonn-Tannenbusch und Godesberg-Nord sieht).

Die Höhenunterschiede sollen für interessante Treppenanlagen mit sehr flachen breiten Stufen genutzt werden.

Die Planung muß politisch sein !

Wie stellt sich die Bundesrepublik dar ?

Mit aufgeblassenen Staatsymbolen
à la Kaiser Wilhelm ?

Gar nicht - "neutral"
wie das Verwaltungshochhaus eines Margarinekonzerns ?

Oder mit neuen Staatsymbolen wie Spargel, Schalen
oder Zeitfächer ?

Staatsymbol bleibt Staatsymbol -
auch wenn's ein politisches Populardesign ist

Wir wollen keine Staatsymbole

Stapelt man Bürokraten übereinander,
gibt das immer noch keine demokratische Architektur ?

Architektur ist mehr als eine Kristallstruktur und Gemälde.
Architektur ist nie "neutral".

Dies ist durchaus politisch.

Mit Betonmassen kann man den Leuten sagen:
"Ihr kleinen Würstchen!"

Mit dicken Mauern kann man ihnen sagen:
"Ihr habt da nichts zu suchen."

Wenn man alles zumauert und nur einige Schieß-
scharten läßt, sagt man dem Volk:
"Wir haben Angst vor Euch."

Wenn man groß hinaus will, heißt das auch:
"Ihr da unten."

(Siehe die Geschlechtertänze im Godesberg-Hotel:
Der Minister sitzt immer oben und erhebt die Hand
daß Fußvolk sitzt dort sogar unter der Null-Ebene.)

Wenn man nichts sagen will (neutral sein will),
heißt das das Gegenteil: die Betäubung der Sinne

Wir sagen Euch nichts.

Oder : Ihr seid uns egal.

Oder : Wir haben auch nichts zu sagen

Natürlich kann man mit Architektur keine Demokratie machen
(das hat auch noch keiner behauptet)

Aber man zeigt sehr wohl, wie es bei uns aussieht.

Wir wollen keine Architektur mit Schlips und Krage

Wir wollen keine leeren Würdehülsen.

Demokratie ist keine Beherrschungsform, sondern eine Selbstverwaltung.

Der Bundestag ist unser Haus.

Material:

Die Materialien dürfen nicht aufgrund der Investitionsplanung nach Billigkeitsgründen ausgesucht werden.

Wir mögen einfach nicht den knallharten Beton um uns herum. Ebermanns Qualitäten am "Langen Eugen": Er verträumlichte die Wand (ließ das Baugerüst stehen).

Keine Materialien wie Marmor, eloxiertes Metall; keine Materialien, die exponiert teuer erscheinen, die glänzen und sterill sauber sind.

Die Architektur muß "umgänglich" sein:

Wir wollen warme, anfaßbare angenehme Materialien, wir wollen Materialien, die man gern anfassen mag (z.B. viel Holz. Jeder, der sich auf kaltem Stein den Arsch verkühlt hat, möchte eine Holzbank).

Raum:

Das Laufen zwischen den Gebäuden muß angenehm sein.

Wir wollen keine Kolosse anbieten - auch nicht in Form begehbare Großplastik.

Das Märkische Viertel zeigt: Architektur für soziale Nutzungen darf keine Großbildhauerei sein.

Plätze und Räume - das heißt:

Drin sein, dabel sein, dazwischen sein, mitten drunter sein.

Transparenz:

Staat und Gesellschaft stehen sich nicht gegenüber.

Sondern: Staat und Gesellschaft decken sich.

Die Qualität des politischen Systems ist ein gewisses (hart erkämpftes) Maß an Durchschaubarkeit der politischen Prozesse.

Die relative Transparenz des politischen Systems muß sich sichtbar machen.

Erfahrbarkeit für den Außenstehenden:

Was spielt sich da ab?

Architektonisch heißt das:

Offene Atmosphäre.

Dies drückt sich aus in:

Einsehbarkeit (durch Glas),
keine harten Grenzen zwischen Innen und Außen,
sondern Verschränkungen durch Arkaden,
räumlich weit vorgezogene Decken

u.a.

Wir wünschen: Präsentation statt Repräsentation.

Zugänglichkeit:

Die Leute von draußen wollen anfassen,
was sie im Pantoffelkino sehen.

Das heißt konkret:

Wir wollen in die Wandelhalle hineingehen können.

Der Plenarsaal ist das Interessanteste am Bundesbereich -
er muß wirksam und zugänglich werden.

Man muß sich umschauen können ohne Angst.

Signifikanz:

Die Aufgabe der Architektur ist es,
Bilder und Räume zu schaffen,
die signifikant sind.

Zum Beispiel
So eine Art "Bonner Treppe",
wo es auch zu Abgeordnete mit den Jugendlichen,
die dort in Gruppen sitzen, diskutieren.

Vielfältigkeit

Vertrautheit:

Ablesbare Räume.
Prägnante Räume.
Vertraute räumliche Eindrücke.
Wiederholungen.
Wir wollen einen menschlichen Plenarsaal haben
und nicht einen Riesenschuppen.

Wir wollen, daß Spielraum für nachplanerische

Entwicklungen freigehalten wird.

Das Gegenteil: gebaute Funktionsflächen.

Sie sind nur für das aussehend, wofür sie geplant
sind.

Bonn's Image ist zu Recht überlagert durch Politik.
Die Aufgabe besteht daher nicht in der Erfindung eines beliebige
nutzbaren Baukastensystems und auch nicht in der Wirtschaft-
lichkeit allein.

Das Problem ist in erster Linie ein politisches, in zweiter Linie
eine Frage der Umsetzung konkreter politischer Ziele ins Visuelle,
in dritter Linie eine technische Frage.

Solange aber Drittrangiges noch als Erstrangiges ausgegeben wird,
ist das Problem überhaupt nicht lösbar.

Also lohnt sich dieser Wettbewerb noch nicht.
Für die Fachpreisrichter mit DM 1.000,- Honorar pro Tag
lohnt er sich allemal.

Wer weiß - vielleicht steigen die Guten aus.

Zugänglichkeit:

Die Leute von draußen wollen anfassen,
was sie im Pantoffelkino sehen.

Das heißt konkret :

Wir wollen in die Wandelhalle hineingehen können.
Der Plenarsaal ist das Interessanteste am Bundesbereich -
er muß wirksam und zugänglich werden.

Man muß sich umschauen können ohne Angst.

Signifikanz:

Die Aufgabe der Architektur ist es,
Bilder und Räume zu schaffen,
die signifikant sind.

Zum Beispiel :

So eine Art "Bonner Treppe",
wo ab und zu Abgeordnete mit den Jugendlichen,
die dort in Gruppen sitzen, diskutieren.

Vielfältigkeit

Vertrautheit:

Ablesbare Räume.

Prägnante Räume.

Vertraute räumliche Eindrücke.

Wiederholungen.

Wir wollen einen menschlichen Parlamentssaal haben
und nicht einen Riesenschuppen.

Wir wollen, daß Spielraum für nachplanerische
Entwicklungen freigehalten wird.

Das Gegenteil: geplante Funktionsflächen
sind nur für das aufnahmefähig, wofür sie geplant
sind.

Bonn's Image ist zu Recht überlagert durch Politik.
Die Aufgabe besteht daher nicht in der Erfindung eines beliebig
nutzbaren Baukastensystems und auch nicht in der Wirtschaft-
lichkeit allein.

Das Problem ist in erster Linie ein politisches, in zweiter Linie
eine Frage der Umsetzung konkreter politischer Ziele ins Visuelle,
in dritter Linie eine technische Frage.

Solange aber Drittrangiges noch als Erstrangiges ausgegeben wird,
ist das Problem überhaupt nicht lösbar.

Also lohnt sich dieser Wettbewerb noch nicht.
Für die Fachpreisrichter mit DM 1.000,- Honorar pro Tag
lohnt er sich allemal.

Wer weiß - vielleicht steigen die Guten aus.

Die Resolution unterzeichnen:

- Hergen Albrecht, Student (Bonn)
- Dipl. Ing. Helmut Bräckmann (Oberhausen)
- Prof. Hugo Cronjäger, Architekt, Fachhochschule Bielefeld
- Christel Foma, grad. art., Fotografin (Köln)
- Uli Dratz, Architekt (Oberhausen)
- Gaby Jakobi, Fotografin (Köln)
- Ernst A. Jahn, Architekt (Bonn)
- Lothar Kallmeyer, Architekt und Redakteur der Zeitschrift Kunst und Kirche (Duisburg)
- Prof. Dr. Roland Günter, Fachhochschule Bielefeld (Bonn)
- Marianne Günter (Bonn)
- Wilfried Kaute, grad. art., Fotograf (Köln)
- Prof. Dr. Marianne Kesting, Universität Bielefeld (Köln)
- Dietmar Klose, Architekt (Bonn)
- Prof. H. G. Lenzen, Fachhochschule Düsseldorf (Hoers)
- Dipl. Ing. Günther Kühbacher, Architekt, Fachhochschule Düsseldorf (Häulen)
- Heidi Langenbeck-Dunigkeit (Essen)
- Rolf Langenbeck (Essen)
- Josef Leimbrock, Architekt und Autor der Ausstellung Profitopolis (Düsseldorf)
- Kunst Ludwig, Architekt (Düsseldorf)
- Karin Präger, Studentin (Bonn)
- Christof A. Recker, Konzernwerbeleiter (Ratingen)
- Hannelore Sachweh (Oberhausen)
- Dipl. Ing. Gernot Strözhach, Architekt (Oberhausen)
- H. P. Muttet (Oberhausen)
- Werner Nothdurft, Student (Bonn)
- Bernhard ... (Düsseldorf)

Wir wollen das Spielraum für gesellschaftliche
Entwicklungen freigegeben werden

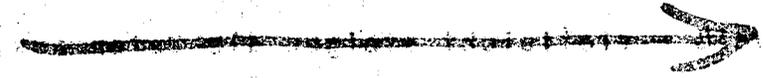
Das Gegenteil: gegenseitige Verantwortlichkeiten
sind nur für das Wirtschaftliche, wirtschaftliche
sind.

Genau im Gegenteil zu Recht überlassen durch
Die Aufgabe ist es, dass die Verantwortung für
unteren Bereichssysteme in die Hände der
Länder übergeht.

Das Problem ist in erster Linie ein politisches
eine Frage der Umsetzung konkreter politischer Ziele im Land
in dritter Linie eine technische Frage.

Solange die Entscheidung über die Verantwortung
bei den Ländern liegt, ist es notwendig, dass
es

Also lohnt sich diese Verantwortung nicht
Für die Verantwortlichen mit dem Land, sondern
liefert es sich selbst.



Der Wettbewerb war schlecht vorbereitet, weil er zur Unzeit kam.

Im Mai 1972 wurde der Wettbewerb Bundesbauten Bonn entschieden; im November gingen die Unterlagen für den Wettbewerb Bundestag und Bundesrat heraus, d. h. Mitte September waren die Unterlagen bereits fertig. Arbeits- und Nachdenkzeit über die Einfügung ins Gesamtkonzept der Bundeshauptstadt: Null.

Der "große Wurf" wurde aus dem Ärmel geschüttelt.

Die Fehlleistungen der Wettbewerbsausschreibung:

- Die Auswertung des Wettbewerbs Bundeshauptstadt Bonn wurde nicht abgewartet und nicht koordiniert.
- Die Gesichtspunkte der Ausschreibung waren einseitig: was die Öffentlichkeit von ihrem Bundeshaus (und nicht dem Privateigentum der Abgeordneten und der Bundestaatsverwaltung) zu erwarten hat, war dem Auslober egal. Ausdruck der Honoratiorendemokratie.
- Das Programm war überfrachtet
 - kein Auslober und Jurymitglied hatte das kontrolliert. Die Politiker drückten sich auf der ganzen Linie;
 - zuerst ums Nachdenken über die Aufgabenstellung (Was ist das Politische der Bauaufgabe?), überließen es den Architekten
 - und gaben dann im Preisgericht insofern den Ton an, als sie die Prämien nach einem einzigen Gesichtspunkt vergaben:
kurze Wege für kurze Beine und dicke Ärsche:
Wie weit müßte ich, der Abgeordnete X, von meinem Büro zum Ausschuszimmer oder zum Plenarsaal laufen - 50 oder 100 Meter?
So vordergründig geht es bei Leuten zu, die sich immer mit der Kompetenz dicke tun.

Die Schelte verdient sich in erster Linie die JURY.

Normalerweise werden Architekten kritisiert. Sie produzieren das sichtbare Endprodukt, an dem man sich ärgern kann. Was ihnen abverlangt wird, steht jedoch in der Wettbewerbsausschreibung. Und: wie diese ausgelegt wird, darüber entscheiden Preisrichter. Wir kritisieren daher die Architekten bei diesem Wettbewerb erst in dritter Linie. In zweiter Linie kritisieren wir den Auslober; in erster Linie kritisieren wir: das Preisgericht.

Der Wettbewerb war zunächst vorbereitet, weil er im Juli

1975

Im Mai 1975 wurde der Wettbewerb Bundesbauten Bonn entschieden

In November gingen die Unterlagen für den Wettbewerb
Bundesbauten Bonn an die Architekten, darunter
Bundesarbeitsgemeinschaft der Architekten
d. h. Mitte September waren die Unterlagen bereits fertig
Arbeit- und Nacharbeiten
Über die Hinführung des Gesamtprojekts der Bundesbauten
1975.

Der "Große Preis" wurde aus dem Kreis geschüttelt

Die Forderungen des Wettbewerbsausschusses:

- Die Auswertung des Wettbewerbs Bundesbauten Bonn
wurde nicht abgeschlossen und nicht koordiniert.
- Die Gesamtheit der Ausschreibung war unklar:
was die Öffentlichkeit von ihrem Bundesbauten
(und nicht den Privatleistungen der Architekten
und der Bundesregierung)
- es erwies sich, was dem Auslöser egal
Ausdruck der Honorarforderungskriterien.
- Das Programm war überfordert
kein Auslöser und Jurymitglied hatte das kontrolliert.
- Die Politiker diskutierten sich auf der ganzen Linie:
erster und nachher über die Aufgabenteilung
(Was ist das Politische der Bauaufgabe?)
Überließen es den Architekten
- und es dann im Preisgericht insofern den Ton an,
als sie die Forderungen nach einem einzigen Gesichtspunkt
vergaben:
kurze Wege für kurze Beine und kleine Kräfte;
Wie weit müßte ich, der Abgeordnete I, von meinem Büro zum
Ausschusszimmer oder zum Plenarsaal laufen - 20 oder 100 Meter?
So vordergründig geht es bei letzten zu,
die sich immer mit der Kompetenz diese tun.



Die Schritte verbleiben sich in erster Linie
die Jury

Normalerweise werden Architekten kritisiert.
Sie produzieren das sichtbare Endprodukt,
an dem man sich ärgern kann.
Was ihnen überlassen wird,
steht jedoch in der Wettbewerbsausschreibung.
Und:
wie diese ausgelegt wird,
darüber entscheiden Jurysichter.
Wir Kritiker haben die Architekten
bei diesem Wettbewerb erst in dritter Linie.
In zweiter Linie kritisieren wir den Auslöser
in erster Linie
Kritikern wird
das Preisgericht.

Wir werfen ihm vor:

- Sich selbst für zu routiniert haltend, war es doch nicht fähig, die Tragweite der Aufgabe im Vorhinein zu übersehen.
- Es hat vorweg kaum Zielvorstellungen und Kriterien diskutiert. Kein Preisrichter in Zeitschwierigkeiten, wurde nichts davon anhand der Entwürfe nachgeholt.
- Die folgenreichste Panne: das Preisgericht hatte sich nur unzulänglich in die Ausschreibung eingearbeitet.

Die Folgen:

- Es sah nicht, was ohne weiteres zu sehen war (und von uns als Bürgerinitiative offen angegriffen worden war):

die Überfrachtung der Bauaufgabe.

Die späte Einsicht

angesichts der Betonburgen in den Architektenentwürfen ist dadurch teuer und frustrierend geworden.

Da dachten Parlamentarier nur an sich selbst.

Und: die anderen Preisrichter machten offensichtlich keinen Versuch, diejenigen zu vertreten, die bei diesem Wettbewerb nahezu von vorn bis hinten ausgeschlossen blieben: die Bevölkerung.

(Die Resolution der Bürgerinitiative

- zu Beginn der Preisrichtersitzung abgegeben -

wurde von irgendeinem "Offiziellen" konfisziert

und kam erst den Preisrichtern zu Gesicht,

als uns die Beschlagnahme nicht abhielt,

eine zweite Sendung ins erlauchte Gremium zu bringen.)

3 Die positiven Leistungen der Preisrichter:

Sie holten nicht Klimageschächter,

ließen die Auswirkungen auf das Kleinklima feststellen, ebenso Lärmexperten.

Die jahrelange Arbeit der Bonner Arbeitsgemeinschaft von Ärzten, die sich für den Umweltschutz engagieren, hat erste Früchte getragen.

Die einzige Großtat der Jury:

sie fand den Mut,

sich aus der Ferce des Wettbewerbs

wenigstens nicht auf die billigste Weise herauszustehlen,

indem sie blind einen einzigen Preis griff.

Sie tat etwas sehr Richtiges:

sie verschob die tatsächliche Entscheidung.

Die Unschlüssigkeit gereicht ihr zur Ehre.

Die Besten unter den Offiziellen waren mit Abstand die Vorprüfer:

- sie prüften nicht nur nach vorgegebenen Prüfkriterien,
- sondern schlugen weitere vor
- und erarbeiteten dafür das Material.

Aber was nutzen die besten Vorprüfer, wenn viele hohe Herren Preisrichter von weit außerhalb der Szenerie anreisen und trotzdem alles besser wissen als die Vorprüfer.

Die Aufgabe war unlösbar: weil zu viel hereingepackt wurde.

Die Aufgabe war so gestellt worden, daß sie unlösbar wurde: es gab wohl kaum jemals eine Bauaufgabe, in die so viel hereingepackt wurde wie hier.

Heraus kamen:

- Geradezu irre Dimensionen.
- Geklotze.
- Einschränkung von notwendigen Funktionen (Landschaft, Öffentlichkeit, Umgänglichkeit u. a.), um wenigstens die Minimalforderungen erfüllen zu können, ohne aus dem Wettbewerb zu fliegen.

Das Fazit:

am niedrigen Niveau dieses Wettbewerbes sind am allerwenigsten die Architekten schuld, sondern die Auslober einschließlich der Jury, die frischfrömmel auf die Auslobung eingesprungen war.

Die Preisrichter hätten sich die Ausschreibung ansehen müssen, um dann solidarisch zu handeln: die Ausschreibung mußte mit Empfehlungen an den Auslober zurückgehen. In der gegebenen Form war sie eine Zumutung für alle Architekten und eine teure Fehlplanung.
- die noch teurer wird, wenn sie gebaut wird.

Die Arbeit Nr. 7 (Denninger, Jann, Klose) stellte zu Recht das überlastete Bauprogramm in Frage und "verbrannte" einen Teil an die andere Rheinseite.

Wir haben rechtzeitig gewarnt.
Aber die Jury,
bepackt mit hochgelobten Experten,
wußte es wieder einmal besser.
Wozu werden denn die Jury-Mitglieder bezahlt?
Lesen die keine Ausschreibungen?
Denken sie nicht darüber nach?
Wissen sie alles soviel besser,
daß sie keine kritischen Einwände mehr anzunehmen brauchen?
Jetzt ist der Katzenjammer da.

Der Pudels Kern: ein unrealistisches Kommunikationsmodell auf der Basis falscher (nicht untersuchter) Organisationshypothesen.

Zugrunde liegt: die fixe Annahme:
von jedem Punkt zu jedem
muß es kurze Wege geben.
Schon und gut - wenn es sich um wenige Punkte handeln würde.

Aber:

Tausende von Punkten miteinander
auf die kürzeste Weise zu verknüpfen
- wozu?
wenn die angenommene Kommunikationsfähigkeit
real gar nicht vorhanden ist,
d.h. wenn die Kommunikationsmöglichkeiten
von den Arbeitsvorgängen her
in diesem Umfang überhaupt nicht notwendig sind.

6 Die Parlamentarier interessierten sich nur für kurze Wege.

Wir hatten mit unserer Vermutung leider Recht:

Die Abgeordneten interessiert nur,
wie man dicken Ärschen
ein paar Schritte erspart.

Aussage eines Jury-Mitgliedes:

Die Bundestagsabgeordneten in der Jury
haben sich leider nur für
den Weg zwischen ihren Zimmern und dem Ausschuß-Raum interessiert.
Wir haben im Preisgericht Arbeitsgruppen gebildet:
die Abgeordneten sind alle in die Arbeitsgruppe
innere Funktionen gegangen.
Der Rest hat sie nicht oder nur am Rand interessiert.

Nach einem so kurzsichtigen Gesichtspunkt zu planen,

- ist außerordentlich teuer;
Der Bau verkompliziert sich;
die Probleme sind überhaupt nicht mehr lösbar.
(Aber: Wir hams ja, ... wir zahlen das ja nicht
selber, ... das zahlen ja die Steuerzahler.)

Angenommen,
der Abgeordnete hat am Tag drei Ausschußsitzungen;
kürzester Weg:
jeweils 50 Meter;
längster Weg:
jeweils 90 bis 150 Meter.

Wieviel mehr Zeit also braucht der Abgeordnete ?
Für 50 m braucht er rund 30 Sekunden
- für 100 m rund eine Minute,
für 150 m rund 1 1/2 Minuten.
(In Flachbauten spart er den Aufzug,
oder bekommt schneller einen Aufzug,
spart die Zeit also im wesentlichen wieder ein.)

Jedermann kann sich überzeugen:

- es ist schwachsinnig,
die Bundeshausplanung
von einer eingeparteten Wegezeit
von 30 bzw. 60 Sekunden je Weg abhängig zu machen.
Sind unsere Abgeordneten Zeit-Maschinen ?
Was für absurde Vorstellungen führen dazu,
sich auf Sekunden zu rationalisieren ?

Ob einer vom Fußballtor zur Mittellinie geht,
oder zum anderen Tor (der doppelte Weg),
ist doch schelßegal.

Dieser Schwachsinn
war die Ursache dafür,
warum der mit Abstand beste Entwurf
von Prof. Gottfried Böhm (Aachen)
aus der vorderen Preisgruppe herausflog.
Wollen die Parlamentarier sich selbst beleidigen ?

Wie konnte es dazu kommen,
daß die Preisrichter

- auf das abstrakt einleuchtende,
- aber real (empirisch) völlig danebenliegende Kommunikationsmodell hereinfiel?

Wieviele Leute haben wirklich an einem Tag
Sichtkontakt mit anderen?

Welcher Beamte geht an einem Tag
von seinem Büro

zu wievielen Beamten in ihren Büros?

Wieviele Wege fallen pro Tag an?
Nichts davon wurde untersucht.

Es gabe keine empirischen Ermittlungen darüber,
nicht einmal für Teilbereiche.

Doch ohne solche Untersuchungen

durfte der Wettbewerb einfach nicht starten.

Die empirische Untersuchung
dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit
das Ergebnis haben:

- Jeder Beamte sucht am Tag
nur wenige andere auf
(auch wenn man für die Zukunft
eine größere Kommunikation ansetzt,
wird die Kommunikationshäufigkeit
sich in einigermaßen bestimmbarer Grenzen halten).

Die Tatsache,

daß die Jury

auf ein ideal erscheinendes Kommunikationsmodell,

das der Realität nicht standhält,

hereinfiel,

hatte schlimme Folgen für die Wettbewerbsentscheidung:

Sie war die Ursache dafür,

daß gigantische Betonklötze prämiert wurden.

(Zwar nicht die allerschlimmsten,

aber die prämierten sind schlimm genug

und ebenso unannehmbar.)

Sie war die Ursache dafür,

daß die falsche Bauorganisation

und ihre entsprechende Bauform, das Hochhaus,

prämiert wurden.

Sie versuchte die groteske Überbewertung
des Innenverkehrs (Fußwege).

Sie spielte der Borniertheit der bequemeren
herzinfarktverschonenden Ärsche in die Hand.

Ohne diese Neurotisierung

wäre ein Entwurf wie der von Prof. Böhm

niemals in letztem Preisrang gelandet;

denn:

der Vorteil der prämierten Arbeiten

gegenüber Böhm ist kein realer,

sondern nur ein illusionärer.

Der Preis für ein irreales, illusionäres, wertloses
Kommunikationsmodell

konnte gar nicht höher sein.

Geopfert wurden:

- die Rheinlandschaft,
- die Chance einer raumbildenden und damit Plätze
schaffenden und damit eher öffentlichkeitsbildenden
Baustruktur,
- die psychologisch annehmbaren Wirkungen
einwelliger menschlicher Dimensionen
- und erträglicher Massen.
(Unsere Resolution beinhaltet mehr konkrete Forderungen!)

Die Bevölkerung wird kein Verständnis dafür haben, daß sie der vor-
dergründigen Wegersparnis von 30 oder 60 Sekunden
für den dicken Arsch vernünftiger Lösungen opfern.

Zudem:

die Abgeordneten schätzen ihre eigenen Interessen
falsch ein:

das viele Sitzen in den Sitzungen

schürt den Kreislauf ein

- der größte Gefallen, den man sich tun kann,

um den Herzinfarkt aufzuschieben,

ist nach jeder Sitzung ein Weg

von zwei Fußballfeldern

(ein Fußballfeld ist 100 m lang.)

Preierichter Grötzebach

kämpft vergeblich gegen die Überbewertung
einzelnen Funktionen

- er ging mit fliegenden Fahnen unter

(obwohl er wohl nochmal in eine Bonner Jury geholt wird ?).

Wie schön sagte das ein Bonner Zyniker:

" Im Bundestag gibt es auch Schwerbeschädigte.

Aber noch mehr, die Gehirnapputiert sind."

Die Gesichtspunkte der Bevölkerung rangierten nicht
einmal unter "ferner liefen".

Die Preierichter
stahlen sich
vor den Forderungen der Bevölkerung mit einer Anzahl
glatter Spruchblasen
davon.

Diese Karikatur einer Problemdiskussion

(nachlesbar in: Bauwelt 65, 1974, Nr. 1 S. 4)

- eine glitschige Phraseologie,

untermischt mit selbstgefälligen Zynismen -

ist

ein Symptom

dafür,

wie die Bevölkerung bei diesem Wettbewerb
verarscht wurde.

Unsere kritischen Forderungen waren sehr konkret
(darauf hatten wir scharf geachtet).

Was wurde übernommen?

Wir haben den Eindruck, daß viele Preierichter
sie nicht einmal gelesen haben.

Verdammt,

dafür werden sie doch bezahlt!

Wir hatten gefordert:

die Chance des psychologischen Effektes

darf nicht verpaßt werden!

der Bundestag muß ein neues Verhaltensmodell

gegenüber der Öffentlichkeit geben

(das war das Politische der Aufgabe).

In Washingtons Weißen Haus hat man das Gefühl:

da passierte eine Politik, die nicht unsere ist.
Das Bonner Bundeshaus ist dabei, die Chance zu verpassen.
Das heißt: die Leute, die das Bundeshaus planen,
zeigen, daß sie sich grundgesetzwidrig verhalten wollen.

Die Macht am Rhein?
Gut Nacht am Rhein.

Und:

Die Bonner Bevölkerung
muß nicht nur mit dem Bundesviertel selbst leben,
sondern auch mit dessen Verkehr.
Die heutige Planungsgrundlage
(3 500/2 700 Einsteckplätze)
bringt überflüssigen zusätzlichen Autoverkehr
in unsere ohnehin geplagte Stadt.

Zwar wurde der Verkehrs-"Experte" Prof. Schächterle,
berühmt durch eine Anzahl von "Schlechtachten"
zur Stadtzerstörung durch Verkehr
(berücksichtigtes Beispiel: Heidelberg)
und ADAC-Berater,
aus der Schußlinie Preisgericht in die Beratungsfunktion
surtückgezogen (auf unseren Protest hin)
- aber dem Preisgericht fiel es nicht ein,
ihn durch einen anders orientierten Berater zu relativieren.

Wir fordern nochmals: Hier in Bonn, vor der eigenen Haustür, muß der Bund
zeigen, daß er seine Forderungen
nach einer Verkehrslenkung vom Individualverkehr
zum öffentlichen Nahverkehr ernst meint.

Deshalb:

Keine Einstellplätze für Berufspendler!
Der Parkplatz für sie muß am Stadtrand liegen.
Das Park-and-ride-System muß sofort vorbereitet
werden!
(Bisher ist dafür noch kein Bleistiftstrich
getan worden.)

8 Die unbewältigte Vergangenheit oder wann wird aus alten Fehlern endlich gelernt?

Viele Unentwegte hatten von diesem Eklat immer noch nichts
gelernt: sie reihten munter Hochhauskreuz an Hochhauskreuz -
hatten sie die Ausschreibung nicht gelesen, in der sich eine
Menge Material der Bonner "Vorgeschichten" befand?
Oder ziehen sie Wettbewerb für Wettbewerb mechanisch die
gleichen - austauschbaren - Klötze aus der Schublade?
Technizistischer Selbstlauf wurde häufig mystifiziert
mit abstrakter Phraseologie: manche Erläuterungen lasen
sich wie Gedichte.

Über das Ausmaß an Beton
erschrak selbst das Preisgericht
- leider zu spät.

Die Auslober hätten sich das vorher klar machen müssen.

Schlimm, daß Arbeiten geradezu Ägyptisierender Bauklotzersi
wie Nr. 18 (ATT Berlin/Hamburg, Borchardt) und Nr. 10
(Ostertag Partner) mit ihren gewaltigen und stereotypen
Baumassen noch in die 3. Preisgruppe kamen.
Was sind das anderes als die seinerzeit zu Recht
geschmähten Additionen von Margarinekonzernen, die
1968 zum Baustopp im Regierungsviertel geführt hatten.

Novotny und Mähner produzierten
futuristisch-technische Architektur:
riesenhohes Luftgeschosse, wie man sie
mit Erschrecken im Londoner Barbican erlebt.

9 Die gebaute Umwelt hat erhebliche Wirkungen
psychologischer und sozialer Art
auf die Menschen, die in ihr leben
oder mit ihr leben müssen.

Wir haben in unserer Resolution sehr konkrete Forderungen aufgestellt.

Offenstichtlich wurde sie von den Preisrichtern nicht einmal gelesen.

Die Protokolle und Begründungen der Preise lassen nicht erkennen,

daß die Preisrichter sich damit auseinandergesetzt haben.

Merken die Herren denn nicht,
welche Formen der Gewalttätigkeit sie entstehen lassen,
wann sie Bauten und Bauformen für gut halten,
die psychologisch und sozial
katastrophal negative Wirkungen auf die Leute haben,
die mit ihnen umgehen müssen ?

Die Karikatur einer technizistischen Architektur,
die auf alle sozialen Bezüge pfeift
und diese Gewalttätigkeit mit ästhetischen Mitteln
zur Kunstform erhebt,
steuert der Architekt Edmund Josef Trunk bei.

Er wurde nicht einmal zugelassen
(allerdings ausgestellt).

Wir fragen:

sind nicht die allermeisten Wettbewerbsentwürfe,
einschließlich der ersten Preiegruppe,
in derselben Ebene gelagert ?

Die Tatsache, daß vier großklotzige Entwürfe
für realisierungsfähig prämiert wurden
(und der Böhm-Entwurf . . . nicht),
zeigt,

daß die Preisrichter das Kernprobleme nur streifen,
aber im wesentlichen nicht ernst nahmen (oder übersahen):

Die Gewalttätigkeit, mit der sozialen Bezüge
überzogen sind:

- die psychologisch wirksame Dimensionierung
der Höhen und Breiten aus der Fußgänger-(Benutzer)
Sicht,
- die psychologisch wirksame Masse,
- die Topographie der gewachsenen Landschaft,
und auch noch ihren Enkeln - zu Recht - einigermaßen
heil übergeben möchte,
- die Distanzierung der Innenräume nach außen
-Motto: Ihr da unten!

Was wir fürchteten, traf ein:

Wir fürchten:

Es ist leichter, einen Gockel aufzublasen,
als ihn menschlich zu machen.

Oder ist der Gockel überhaupt nicht menschlich zu machen ?

Wir fordern noch einmal die energische Berücksichtigung
des Gesichtspunktes:

- Die Bevölkerung muß mit dem Bundeshaus leben,
nicht nur die Abgeordneten
und die Bürokratie.

Alle vier Entwürfe der ersten Preisgruppe
sind nicht entwicklungsfähig,
weil die falsche Konzeption prämiert wurde.

Ein unsicheres Preisgericht dachte:
wir nehmen mehrere Entwurfstypen in die erste Preisgruppe.
Aber:
es merkte nicht,
daß es tatsächlich nur den Varianten einer Type
aufgegessen war:
alle vier Entwürfe sind nichts weiter
als die modischen Varianten derselben Fehlleistung.

Prämiert wurden in der ersten Preisgruppe:

- Solitärbauten,
grandiose Bauplastiken,
aufgeblasene Bildhauerarbeit,
die in dieser Dimension kein Mensch mehr
freundlich finden kann.

Der Entwurf Nr. 15 (Brunnert, Mory, Osterwalder, Vielmo)

- in der ersten Preisgruppe -
führte das Preisgericht zu dem markigen Satz:
"Geplante Urbanität."

Genau da liegt das Problem:

was ist denn Urbanität ?

kann uns das einer der Herren mal klar machen ?

solche und ähnliche Spruchweisheiten

führen zu den vorliegenden Fehleinschätzungen:

Ist ein 175 m (!!!) langer Hochhaus-Riegel etwa urban ?

Eine 175 m lange Schneise zwischen zwei Bauten - urban ?

Sollte diese Gigantomanie tatsächlich realisiert werden,
kann man darauf wetten, daß dieser Stadtbereich
nur von denen noch betreten wird, die dazu verdammt sind.

Die Arbeit Nr. 36 (von Wolff, Schneble)

bietet eine Anzahl guter Details,

aber die Grundkonzeption liegt

- wie bei allen anderen der ersten Preisgruppe -
voll daneben:

eine gigantomane Betonplastik

soll da entstehen,

an der jeder architektonische Aufwand

bestensfalls Archidekoration sein kann.

Der Vorplatz ist ausgedehnt wie ein Fußballfeld

- wie in vielen anderen Entwürfen.

Kein Gedanke bei Architekten und Jury,

daß Plätze jenseits relativ bestimmt faßbarer Dimensionen

nur noch Aufmarschplätze

oder bestenfalls Vorfahrten für Staatskarossen

sein können.

Sind denn Preisrichter und Architekten

schon so weit von allen normalen menschlichen Verhaltensweisen
entfernt,

daß sie keine kleinmaßstäblichen Erlebnisräume mehr kennen,

sondern nur noch die Dimensionen

aus der Kanzel des Hubschraubers

oder durch die Windschutzscheibe schneller Autos?

Der Entwurf 34 (Hecker, Wolf, Gruppe 4, Poppe, Kudel) bietet ein muschelförmiges Kolossal-Hochhaus von rund 330 m Länge. Die Preisrichter fielen auch hier auf eine unglaublich modische Form herein.

Sie verwechseln wieder einmal das schicke Modell mit der Realität, in der 330 m lange Fassaden einfach unerträglich sind.

Haben Preisrichter keine Vorstellung von Dimensionen ? Die Jury: "Das baukörperliche Ensemble ist durch seine formale Harmonie aus der Kreisbogengeometrie gekennzeichnet, die mit ihrer Eleganz stark signifikant wird." Es erweist sich als Misere, daß für Preisgerichte weithin formale Kriterien bloß formal bleiben, statt sich psychologisch und sozial auf die Benutzer zu beziehen.

Der Entwurf wird wie ein gegenstandsloses Bild beurteilt, aber hält in der Realität der Benutzer die gebauten 330 m langen Fassaden aus ? Höhe, Breite, Länge, Masse, Material können nur vom Bezugspunkt ihrer psychologischen und sozialen Wirkungen her eingeschätzt werden. Und da wird die pomadige Eleganz des Zuckerbücker-Modells zur Katastrophe.

Da haben wir eine Natur wie das Siebengebirge und die Terrassen, wie der Rhein sie geschaffen hat, - und dann setzen sie ein künstliches Siebengebirge in die Rheinaue.

Die Jury: "Die vorgegebene Topographie wird aufgenommen und zum tragenden Gestaltungselement." Das soll mal einer erklären.

Weiter produziert die Jury Seifenblasen: "Hoher Erlebniswert und Stimulanz. Gute Qualität der Räume, interessante und spannungsreiche Raumfolgen, differenziert und großzügig." Nichts davon hält der Realität stand. Die riesigen Dimensionen produzieren Langeweile.

Von Röhmen kann keine Rede sein: entworfen wurde eine plastische Objektform - der Muschelberg von Palermo bildet auch keinen Raum.

Anstelle von Stimulanz wird die Großform Erschrecken, Ärger und Ängste auslösen - für welche Staatsform sind das Stimulantien ? In welcher Staatsform leben wir eigentlich ?

Vergeblich fragt man, was am realisierten Bau "spannungsreich, differenziert und großzügig" sein könnte.

Eben hier liegt das Dilemma der Jury: das werden flink ein paar große Gesten wahrgenommen, einige entsprechende Sprüche geklopft - aber nirgendwo ist Realitätsskontrolle sichtbar: Realitätsskontrolle heißt doch:

- sich vorstellen, wie das Modell (oder der Plan) gebaut aussieht,

Geradezu Blüten liest man da im Prüfbericht der Jury,
wenn sie über Behnischs Entwurf sagt:
"Gut dimensionierte Freiräume in abwechslungsreicher Folge
mit urbaner Verdichtung." Davon hält doch kein einziges Wort
der Realität stand. Was soll die Seifenblasenproduktion ?

Die Jury: "Unpräzise und ohne Pathos."
Wir sind der Meinung: Modischer Schnick-Schnack.

Die harmlos-heiter erscheinende Tortenkringel-Architektur
hat als gebaute Realität
dieselben Pferdefüße wie die weniger garnierte
seiner Konkurrenz.
Behnischs Entwurf unterscheidet sich
vom Absolutismus der anderen Spitzenreiter-Konkurrenten
nur durch die raffinierte Verbrämung
mittels Modellbau-Raffinesse.

Behnisch treibt die modische Allüre
genau so peinlich
auf die Spitze wie der Entwurf 34 von Hecker,
Wolf, Gruppe 4, Poppe, Rudel.
Statt Architektur
Archidekoration ?
Die letzte Mode,
die wir morgen satt sind ?
Eine Mode wechselt
- aber nicht ein Bau.

Das Fazit des Wettbewerbs:

- die Verlierer sind die Bevölkerung
und die Stadt Bonn.

Architekten wie Jury verordnen ihnen
riesige Bauplastiken,
die sich von ihnen distanzieren.
Diese Bauplastiken sind in sich unberührbare Anbetungsformen.
Vor solchen Massenformen
kann der Besucher sich nur klein und winzig vorkommen:
Ihr da oben - wir da unten,
der Wettbewerb zeigt es der Bevölkerung
(mit der einzigen Ausnahme des Böhm-Entwurfes)
- er zeigt den Embryonal-Zustand der Demokratie,
den wir mit Honoratioren-Demokratie bezeichnen.

Was ist das für ein Zustand der Demokratie?
Wo Kirchen anfangen,
zugänglicher und unzugänglicher zu werden als ein Bundeshaus,
weniger Erschrecken und Andachtshaltung einflößen
als ein Bundeshaus,
die Bevölkerung ernster zu nehmen als ein Bundeshaus.
Da ist nur von innen gedacht worden
- aber weder an die Bevölkerung,
noch an die Stadt Bonn.

11 Es gab Ansätze zu einer besseren Konzeption

Eine nicht prämierte Arbeit sei genannt:
Der Entwurf Nr. 8 (Fischer, Bassewitz) basiert auf der richtigen Grundidee, nicht Solitärbauten aufzustellen, sondern die Fläche zu überbauen und dadurch eine Fülle von Höfen zu gewinnen.

Die wichtigsten Vorteile:

- Die Gebäude bleiben niedrig.
- Es entstehen eine große Anzahl von Innenhöfen.

Wir haben diese Bauweise schon vor längerer Zeit vorgeschlagen; die Bundesbaudirektion hat unsere Plakat-skizze gedruckt den Wettbewerbsteilnehmern zugehen lassen, aber von einer Diskussion dieser Vorstellung in der Jury geschweige denn von Verständnis konnte bislang keine Rede sein.

Schade, daß die Arbeit Nr. 8 des weiteren keine ähnlichen Qualitäten entwickelte.

Eine ähnliche Grundkonzeption hat die Arbeit Nr. 19 (Rollenhagen, Lindemann, Grossmann).

Leider bietet sie unerträglich lange gerade Baufronten und keinerlei Ansatz zu Platzbildungen

- eine sterile Funktionsarchitektur.

Der Entwurf Nr. 7 (Denninger, Jann, Klose) stellte zu Recht das überlastete Bauprogramm in Frage und "verbannte" einen Teil auf die andere Rheinseite.

Die Preisrichter waren zu Recht so verunsichert, daß sie die Arbeit nicht ausschieden.

Enttäuschend:

die Jury fand sich durch das Gestrüpp von "Gags" und "modischer Allure" nicht zum substantiell Gelungenen des Entwurfs hindurch:

- Der Entwurf führte vor, wie man Plätze macht (allerdings: nicht alle sind gut).
- Er zeigt, wie interessant man die Topographie für Terrassierungen nutzen kann.

Zu Unrecht wird Kleinteiligkeit kritisiert:

die Kenner Architekten,
Kenner der Szenerie des Rheinuferes,
haben ihre Vielfältigkeit genutzt
- im Gegensatz zu den meisten anderen Entwürfen,
die sie mit plakativ gut aussehenden,
aber viel zu großen Formen
in der Realität beseitigen wollten.
Schade, daß ein Preisgericht das nicht zu sehen
in der Lage ist.
(Schon im Wettbewerb Bundesgartenschau Bonn
zeigte sich ähnliches Unvermögen der Jury.)

Bedauerlich: die Architektengruppe hatte zwar das Programm entlastet - aber im wesentlichen keine Vorteile daraus gezogen. So bleibt auch hier das Kernkonzept indiskutabel - ähnlich den Entwürfen der ersten Preisgruppe.

Der Entwurf Nr. 17 (Prof. Gottfried Böhm)
hat den bereits des längeren diskutierten Pseudo-Nachteil:
die Abgeordneten müssen eine Minute länger laufen.
Das war auch der Grund, warum er abgeschlagen landete
- die Jury-Abgeordneten sperrten sich.
Uns erscheint er eigentlich als der einzig entwicklungs-
fähige Entwurf.

Die Konzeption ist richtig.

Sie hat viele Vorteile:

- Sie führt keine riesigen Baumassen auf.
- Sie bleibt in menschlichen Dimensionen
(nicht höher als vier Geschosse).
- Wer Böhms Architektur kennt,
weiß, daß er eine Anzahl von sehr schönen
und gutdimensionierten,
vor allem situationsreichen Höfen entstehen ließ.
- Sein Bausystem ist im Vergleich zu den Hochhäusern
anderer Entwürfe
 - weitaus weniger kompliziert (= weniger teuer)
 - und wesentlich weniger anfällig (= weniger teuer),
ein Vorteil, den wir seit der Energiekrise
schätzen.

Die aufwendige Klimatisierung kann entfallen
und damit ein enormer Bauaufwand
und enorme Nachteile für das Arbeitsklima in den Büros.

X
siehe
S. 32

Die herkömmlichen Verfahren sind absurd
- warum keine neuen Verfahren ?

wir brauchten Ausschreibungen,
die Ziele setzen,
und nicht alles offen lassen.
Der Wettbewerb ist daran gescheitert,
daß die Ausschreibung die wichtigsten Ziele nicht setzte,
sondern alles offen ließ.

Wir brauchen Ausschreibungen,
wo der Auslober seinen Willen erklärt,
vorher selbst zu lernen in der Lage ist,
und nicht von seiner Lernunwilligkeit
und Entscheidungsfähigkeit ablenkt,
indem er großspurig den armen Architekten
alles offen läßt
(und nachher kaum kapiert, was sie wollten)

Die Stadtgestaltung
soll als Programm vorgegeben werden.
Nicht einmal absolutistische Fürsten
ließen die Architekten
Entwürfe aus dem Hut ziehen.
36 Architekten wurden veranlaßt,
in der Irre herumzulaufen.
Das ist voll gelungen.
Das Wettbewerbsverfahren erwies sich als falsch:
Baufaufgaben dieser hohen Komplexität kann man nicht
mit einem Anlauf lösen wollen
- sie können nur in Form von Stufenwettbewerben
(wenn überhaupt)
stufenvoller gelöst werden.

Der Wettbewerb zeigt exemplarisch:
es geht nicht mehr an,
daß bei einer derart komplexen Aufgabe,
alles offen gelassen wird.
Der Auslober hätte in ständiger Diskussion
Grundvorstellungen und ein- oder mehrere Modelle
erarbeiten müssen,
die dann Gegenstand eines Wettbewerbs
würden.

Die Grundmodelle mußten enthalten:

- alle wichtigen Zielvorstellungen,
- die Sichtbarmachung der Zielkonflikte,
- die beabsichtigten Einschränkungen.

Daran hätte man übersehen können,

- daß ein derart gigantisches Raumprogramm
zu Konflikten mit anderen Funktionen führen mußte,
die unlösbar waren
(wünschenswerte Folge: Reduktion des Raumprogramms)
- daß das Kommunikations- und Organisationsmodell
falsch war
(wünschenswerte Folge: Untersuchungen und
neues Modell).
- und daß bestimmte Funktionen wie Öffentlichkeit
und Bereicherung des Stadtquartiers
so gut wie keine Rolle gespielt haben
(Folge: am sichtbaren Konflikt läßt sich
diskutieren und die Funktion aufwerten
- durch Übernahme konkreter Forderungen ins
Programm).

Fazit:

Die alten Verfahren reichen nicht mehr aus.
Sie machen die Bearbeitung komplexer Tatbestände zur Farce.